

RS Vwgh 2017/9/27 Ra 2015/15/0045

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.09.2017

Index

E3L E09301000

32/04 Steuern vom Umsatz

Norm

UStG 1994 §12 Abs3 Z4 idF 2004/I/027

UStG 1994 §3a Abs1a idF 2004/I/027

31977L0388 Umsatzsteuer-RL 06te Art17 Abs6

Rechtssatz

Nach Artikel 17 Abs. 6 Unterabsatz 2 der Sechsten Richtlinie sind die Mitgliedstaaten bloß berechtigt, ihre zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie bestehenden Regelungen über den Ausschluss des Vorsteuerabzugsrechts beizubehalten (vgl. VwGH vom 29. März 2012, 2009/15/0210, mwN). Die mit BGBl. I Nr. 27/2004 eingefügte Z 4 des § 12 Abs. 3 UStG 1994 schließt mit ihrem Verweis auf § 3a Abs. 1a Z 1 Vorsteuern, die im Zusammenhang mit der Verwendung eines dem Unternehmen zugeordneten Grundstückes für (u.a.) unternehmensfremde Zwecke stehen, ab 1. Mai 2004 vom Abzug aus. Soweit davon untergeordnet privat genutzte Gebäude betroffen sind, ist dieser Vorsteuerauschluss nicht durch das unionsrechtliche Beibehaltungsrecht gedeckt (vgl. mit eingehender Begründung VwGH vom 19. März 2013, 2010/15/0085). Die ab 1. Mai 2004 geltende nationale Rechtslage kommt einer unechten Steuerbefreiung für den Grundstückseigenverbrauch gleich.

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2017:RA2015150045.L02

Im RIS seit

10.08.2021

Zuletzt aktualisiert am

11.08.2021

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>